

Beschluss Keine halben Sachen: Für eine konsequent linke Politik und echte Repräsentation ländlicher Räume

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

1 Angesichts des Rücktritts des gesamten Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen
2 und der Grünen Jugend fordert die Grüne Jugend Neuwied weitreichende
3 strukturelle und inhaltliche Reformen innerhalb der Partei und ihrer
4 Jugendorganisation, um den politischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu
5 werden. Der Umgang mit der aktuellen Krise zeigt, dass ein "Weiter so" nicht
6 möglich ist. Wir fordern deshalb:

7 1. Eine entschlossene linke Ausrichtung der Partei und Grünen Jugend

8 In Zeiten eines zunehmenden Rechtsrucks in der Gesellschaft darf die Partei
9 keine halben Sachen machen. Wir brauchen eine klare, mutige und linke
10 Positionierung, die folgende Punkte beinhaltet:

11 ● Bekämpfung der sozialen Ungleichheit: Die Grünen müssen eine Politik
12 verfolgen, die gezielt auf die Bekämpfung von Armut, der Wohnungsnot und der
13 prekären Arbeitsverhältnisse ausgerichtet ist. Dazu gehört u.a. die Förderung
14 bezahlbaren Wohnraums, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und
15 die Einführung eines armutsfesten Mindestlohns.

16 ● Klare Klimapolitik: Eine wirklich transformative Klimapolitik muss im Zentrum
17 unseres Handelns stehen, die sich nicht auf bloße Symbolpolitik beschränkt. Wir
18 fordern eine stärkere Regulierung von Konzernen, ambitionierte Maßnahmen zur
19 Senkung der CO₂-Emissionen und einen sofortigen Stopp von Subventionen für
20 fossile Energien.

21 ● Gegen Diskriminierung in allen Formen: Die Partei muss konsequent gegen jede
22 Form von Diskriminierung vorgehen. Dazu gehören stärkere Maßnahmen gegen
23 rassistische Strukturen, den Ausbau der Antidiskriminierungsgesetzgebung und
24 konkrete Programme zur Förderung von marginalisierten Gruppen.

25 ● Klare Orientierung am linken Flügel der Partei: Die Grüne Jugend sollte sich
26 wieder mehr bei der Grünen Partei einbringen – durch sowohl Anträge als auch
27 weitere programmatische Arbeit. Hierbei ist es essenziell, dass diese Arbeit
28 sich als Teil des linken Parteienflügels sieht und ihre Arbeit als solche
29 gestaltet.

30 2. Verbesserte Repräsentation ländlicher Regionen auf allen Ebenen

31 Die Entscheidungsträger der Grünen Partei und der Grünen Jugend sind derzeit
32 überwiegend in urbanen Zentren verankert. Dies führt dazu, dass die Interessen
33 und Herausforderungen von Menschen aus ländlichen Regionen zu oft übersehen
34 werden. Wir fordern daher:

35 ● Berücksichtigung ländlicher Perspektiven bei politischen Programmen und
36 Entscheidungen: In allen relevanten Gremien und Entscheidungsprozessen müssen
37 spezifische ländliche Themen wie Infrastruktur, Mobilität, Bildung und
38 Gesundheitsversorgung mitgedacht werden.

39 ● Förderung und Stärkung ländlicher Ortsgruppen: Wir fordern ein
40 Förderprogramm, das explizit die Gründung und den Ausbau von Ortsgruppen in
41 ländlichen Regionen unterstützt. Dies beinhaltet finanzielle Mittel, Schulungen
42 und Vernetzungsmöglichkeiten, damit ländliche Stimmen nicht nur vertreten,
43 sondern auch gestärkt werden.

44 3. Beteiligung und Transparenz in der Partei

45 Es ist dringend notwendig, die innerparteiliche Demokratie und Transparenz zu
46 stärken, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidungen und Abläufe innerhalb
47 der Grünen Jugend. Es darf nicht sein, dass dramatische Entwicklungen wie der
48 Rücktritt des Bundesvorstands unbemerkt oder willentlich ignoriert werden. Daher
49 fordern wir:

50 ● Umfassende Aufarbeitung der Arbeit des Landesvorstands (LaVo) der Grünen
51 Jugend Rheinland-Pfalz. Es muss ein ehrlicher, transparenter Prozess
52 stattfinden, in dem die Rolle des LaVo in den letzten Jahren kritisch
53 hinterfragt wird, insbesondere im Hinblick auf den mangelnden Umgang mit der
54 Krise auf Bundesebene. Diese Aufarbeitung sollte gemeinsam mit Delegierten der
55 KVs geleitet werden, um das erarbeitete Wissen in die lokalen KVs zu vermitteln.

56 ● Stärkung der Mitbestimmung der Basis: Um eine weitere Entfremdung zwischen der
57 Führungsebene und Basis zu verhindern, fordern wir, dass wichtige
58 Entscheidungen, insbesondere in Krisenzeiten, von der Basis mitgetragen werden.
59 Dazu gehört eine engere Abstimmung mit den Ortsgruppen und eine erweiterte
60 digitale Beteiligung bei wichtigen Entscheidungen, z.B. in Form von Online-
61 Abstimmungen.